

N i e d e r s c h r i f t

**über die 10. Sitzung des Rates der Stadt der Stadt Olfen
am Donnerstag, 24.02.2011
in der Stadthalle, Zur Geest 25**

**Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr**

Anwesend:

Vorsitzender:

Himmelman, Josef

Von der Verwaltung:

Sendermann, Wilhelm

Holtmann, Maria

Ahmann, Reinhard
Auverkamp, Karl-Heinz
Beckmann, Michael
Birken, Heribert
Bunte, Claus
Danielczyk, Ralf
Dieckmann, Matthias
Düllmann, Klaus
Ellertmann, Axel
Hischer, Günther
Jungesblut, Frank
Klingauf, Daniel
Korte, Stefanie
Kötter, Christoph
Lueg, Karl-Heinz
Möllney, Rainer
Müller, Jürgen
Naujoks, Martina
Pettrup, Christoph
Pohl, Klaus
Pohlmann, Franz
Rott, Bernd
Schur, Elke Dr.
Vinnemann, Heinrich
Watermeier, Theodor
Wiggen, Norbert
Zingler, Holger

Abwesend:

Broz, Heinz Dieter	m.E.
Diekerhoff, Astrid	m.E.
Finke, Barbara	m.E.
Kortenbusch, Christian	m.E.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende die Anwesenden, insbesondere die Zuschauer und die Presse und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird um TOP 3 „Resolution gegen den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011“ erweitert, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Einstimmig Beschluss.

Tagesordnung:

1. Fragestunde für Einwohner gemäß § 48 GO NW i.V.m. § 19 der Geschäftsordnung

Es werden keine Fragen von Einwohnern der Stadt Olfen gestellt.

2. Mitteilungen und Anfragen

Seitens der Verwaltung werden keine Mitteilungen gegeben, Anfragen von Ratsmitgliedern werden nicht gestellt.

3. Resolution gegen den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 **VO/0266/2011**

Der Rat der Stadt Olfen fasst folgenden Beschluss:

Die Stadt Olfen fordert die Landesregierung auf, den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 zurückzunehmen und grundlegend zu überarbeiten. Insbesondere sind auch die anderen, in den einschlägigen Gutachten genannten relevanten Parameter bei der Berechnung mit einzubeziehen und eine Überkompensation der Soziallasten ist zu verhindern.

einstimmig angenommen

4. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung der Stadt Olfen für das Haushaltsjahr 2011 und über den Ergebnis- und Finanzplan der Stadt Olfen für die Jahre 2011 - 2014 **VO/0264/2011**

Bevor die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden halten, informiert Bürgermeister Himmelmann den Rat noch über folgende Punkte:

1. Die Landesregierung hat den Haushaltsplan gestern eingebracht. Kleine Änderungen können noch erfolgen.
2. Der Kreis hat im Finanzausschuss Einsparungen im Haushalt vorgenommen. Die Rede ist von 6,2 Mio Euro. Was dies für die Stadt Olfen bedeutet, ist noch nicht absehbar.
3. Der Bund hat einen Kompromiss gefunden. Es sollen Umschichtungen im Bereich der Soziallasten vorgenommen werden. Evtl. hat dies unmittelbaren Einfluss auf die Soziallasten des Landes.

Außerdem berichtet Herr Himmelmann, dass verschiedene Gemeinden im Kreis Coesfeld ihre Haushaltsberatungen vertagt haben oder den Haushalt deutlich später einreichen. Auch über erhebliche Steuererhöhungen wird in manchen Gemeinden nachgedacht.

Dann erteilt er den Fraktionsvorsitzenden das Wort.

Fraktionsvorsitzender Christoph Pettrup für die CDU-Fraktion

Herr Pettrup geht in seiner ersten Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender darauf ein, dass der Olfener Haushalt 2011 durch die Nichtverabschiedung des Kreishaushaltes, des Haushaltes des Landschaftsverbandes und auch des Haushaltes des Landes NRW sehr ungewiss geworden sei. Es bringe im Moment wenig, über Zahlen zu sprechen, die nicht konkret greifbar seien. Den Haushalt aber nicht oder deutlich später zu verabschieden, wie es in anderen Städten und Gemeinden überlegt werde oder sich in eine haushaltslose Zeit zu begeben, könne für Olfen aber keine Lösung sein. Dies sei auch die Meinung aller Fraktionen in der letzten HFA-Sitzung gewesen. Von der CDU seien in dieser Sitzung erste Vorschläge zu Einsparungen gemacht worden, wie z.B. ÖPNV, Gebäudesanierung oder im Bereich der Personalkosten. Die CDU wird hier weitere Vorschläge folgen lassen. Steuererhöhungen aber – so Herr Pettrup – kämen für die CDU aber nicht in Betracht. Er führt weiterhin aus, dass niedrige Steuern zu einem echten Standortfaktor für Firmen geworden seien, um in Olfen ansässig zu werden. Er bedankt sich auch bei den Olfener Bürgerinnen und Bürgern, die den Weg in die Schuldenfreiheit und des ausgeglichenen Haushalts mitgetragen haben. Wie wichtig solide Finanzen seien, zeige das Beispiel der Netbooks für die Schüler und die Ausstattung von Klassenräumen mit Whiteboards. Durch eine gute und solide Haushaltspolitik in der Vergangenheit – sei man, gerade durch die Initiative der CDU in der Lage, - in beste Bildung zu investieren. Es sei aber auch weiterhin wichtig, auf eine solide Haushaltspolitik zu achten. Herr Pettrup geht weiterhin auf die Änderung des GFG sowie auf eine Umlage von „reichen zu armen“ Gemeinden ein. Es könne nicht sein, dass Gemeinden, die ihre Hausaufgaben gemacht hätten, die Gemeinden unterstützen sollen, die in den letzten Jahren größtenteils über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Er bedankt sich auch bei der SPD, die sich der gerade beschlossenen Resolution gegen das GFG angeschlossen und sich damit gegen die Finanzpolitik der SPD geführten Landesregierung und für ein einheitliches Auftreten der Olfener Politik in Sachen Gemeindefinanzen entschieden habe. Die CDU werde mit allen Fraktionen in den Ausschüssen intensiv darüber beraten, welche Schritte noch in Olfen gemacht werden können, um zentrale Anliegen erfüllen zu können. Er bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die gute Arbeit, die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Fraktionsvorsitzende Martina Naujoks für die SPD-Fraktion

Frau Naujoks geht in ihrer Haushaltsrede auf die Situation in der Ratssitzung im Dezember 2010 zurück, in der BM Himmelmann noch verkündet habe, „wir bleiben trotz des angefallenen Defizits von rd. 400.000 Euro auf einem soliden Kurs einer schuldenfreien Gemeinde“. Aber die Landesregierung habe mit dem Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 zusätzlich noch einen Solidarbeitrag ins Auge gefasst, der Einfluss auf die Umverteilung von Finanzmitteln von „reichen“ zu „armen“ Kommunen nehmen würde. Die CDU und FDP hätten hierauf mit einem recht schlichten Antrag an den Rat auf Prüfung möglicher Schritte reagiert. Dann – so Frau Naujoks – kam der 23.12.2010. Der Gesetzentwurf zum GFG 2011 sieht eine gravierende Erhöhung des Soziallastenansatzes sowie die deutliche Anhebung des fiktiven Steuerhebesatzes vor. Das Defizit erhöhe sich von rd. 400.000 Euro auf 822.000 Euro für das Jahr 2011 im Ergebnisplan. In ihrer weiteren Rede geht sie auf die Selbstverpflichtungserklärung des Rates ein, die ja „schon fast in Stein gemeißelt“ worden sei. Weiterhin geht Frau Naujoks auf die Politik der Landesregierung ein und erklärt, dass sich die Ausgaben für soziale Leistungen in den letzten 10 Jahren bundesweit erhöht hätten und die Steuerkraft der Kommunen wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise im vergangenen Jahr deutlich eingebrochen seien. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe aus politischem Kalkül heraus verschleppungstaktisch eine durch das Verfassungsgericht vorgeschriebene Anpassung der Grunddaten nach 5 Jahre im Jahre 2008 nicht vorgenommen. Die Verschuldung der Städte mit hohen Soziallasten sei also nicht allein aus purer Verschwendungssucht entstanden. Die rot-grüne Landesregierung habe nun die gemäß der verfassungsgerichtlichen Vorschrift längst überfällige Aktualisierung der Grunddaten des GFGs vorgenommen – und damit die Grundlagen der Verteilung verändert, nicht aber die Umverteilungsregeln. Trotz unterschiedlicher Positionen zur Landespolitik sollte aber versucht werden – so Frau Naujoks – vor Ort gemeinsam dem zu erwartenden Defizit durch geeignete Einsparmöglichkeiten zu begegnen, wenn Konsens darüber besteht, keine Steuern zu erhöhen.

Gewisse Standards sollten aber beibehalten werden. Die SPD unterstütze auch die Maßnahme, die Landesregierung mit Hilfe der Resolution aufzufordern, den Entwurf zum GFG 2011 zurückzunehmen und grundlegend zu überarbeiten. Denn es sollte im Sinne einer trotz allem angestrebten wirtschaftlichen und weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten gestaltenden Finanzpolitik 2011 jede Anstrengung unternommen werden. Sie spricht für die SPD-Fraktion der Verwaltungsspitze, dem Kämmerer und allen an der Erstellung des Haushaltsplanes Beteiligten ihren Dank aus. Die SPD werde dem Haushalt zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Claus Bunte für die FDP-Fraktion

Herr Bunte geht auf die HFA-Sitzung ein, in der über den vorliegenden Haushaltsplan ausgiebig diskutiert worden sei. Der Kämmerer habe die Zahlen aus dem GFG der neuen Landesregierung dankenswerterweise soweit wie möglich in den Plan eingearbeitet und ihre mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen auf den Plan dargestellt. Insgesamt – so Herr Bunte – ergebe sich daraus eine erhebliche Verschlechterung der Haushaltslage in Olfen. Entscheidend sei dabei gar nicht einmal die Verschlechterung für 2011, diese falle sogar noch moderater aus, als zuvor befürchtet und kann aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Die Auswirkungen für die nächsten Jahre seien gravierender. Hier werde es erheblicher Anstrengungen bedürfen, mittelfristig wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, zumal sich der Ausschuss darüber einig war, dieses Ziel möglichst ohne Steuererhöhungen oder Schuldenaufnahme zu erreichen. Aus diesen Gründen sei empfohlen worden, den Haushalt als Arbeitsgrundlage zu beschließen und im weiteren Verlauf des Jahres gründlich auf Sparmöglichkeiten zu durchforsten. Eine abschließende Stellungnahme – führt Herr Bunte aus – sei deshalb zur Zeit gar nicht möglich; diese könne erst erfolgen, wenn der Haushalt endgültig festgeschrieben sei.

Ratsmitglied Ellertmann in Vertretung für Fraktionsvorsitzenden Heinz Dieter Broz' für die UWG-Fraktion

Herr Ellertmann führt aus, dass die UWG den Entwurf der Haushaltssatzung und den Haushaltsplan eingehend beraten und geprüft hat. Er bedankt sich bei der gesamten Verwaltung für das bisher Geleistete, vor allem im Hinblick auf die Umstellung auf NKF. Aber leider bleibe der UWG – so Herr Ellertmann – ein wenig zu kritisieren nicht erspart. Das Vorgehen der Verwaltungsspitze bleibe weiterhin von Konzeptlosigkeit geprägt, so z.B. die Innenstadtentwicklung, die Vermietung der Dompassage, die vielen Nachträge zum Haushalt usw. Er verweist weiterhin auf die „finanzpolitische Richtschnur“ – Selbstverpflichtung des Rates, ein Antrag der CDU. Die UWG frage sich, wo die Selbstverpflichtung beginnt. Hier zählt Herr Ellertmann verschiedene Beispiele auf, wie z.B. den Bau des Bades, die Straße K 9 n und die Schließung des Kindergartens und erklärt für die UWG, welche Folgen diese Investitionen hätten. Weiterhin berichtet er über die Verwunderung der UWG zum Verhalten des Bürgermeisters mit dem Umgang „Befangenheit“. Bei einem Tagesordnungspunkt erkläre sich der Bürgermeister für befangen und deshalb würde es die UWG nicht verwundern, wenn der Bürgermeister sich auch bei den „Gemeinsamen Stadtwerken Münsterland“ für befangen erkläre und evtl. sogar als Sprecher der Initiative zurückträte.

Die UWG werde dem Haushaltsplan nicht zustimmen

Bürgermeister Himmelmann weist Herrn Ellertmann darauf hin, dass er in der Haushaltsrede aus dem nicht öffentlichen Teil einer Sitzung zitiert habe, dies stehe ihm nicht zu. Er weist ihn auf seine Verschwiegenheitspflicht hin.

Der Rat der Stadt Olfen fasst folgenden Beschluss:

Auf Empfehlung des HF-Ausschusses beschließt der Rat der Stadt Olfen die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan der Stadt Olfen für das Jahr 2011 (Anlage 1). Im Ergebnisplan wird der Gesamtbetrag der Erträge auf 18.478.100 Euro und der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 19.290.200 Euro festgesetzt.

Der Finanzplan wird wie folgt festgesetzt:

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 18.434.800 €

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	19.284.800 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.836.800 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen an der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.889.700 €

Kredite werden nicht veranschlagt. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 812.100,-- € und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 0,-- € festgesetzt.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 210 v.H.
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v.H.
2. Gewerbesteuer 395 v.H.

Der Stellenplan wird entsprechend der Empfehlung des HF-Ausschusses beschlossen.

Der Rat der Stadt Olfen sieht diesen Haushaltsplan als Arbeitsgrundlage, um ihn je nach Gesetzesvorlage weiter zu ertüchtigen. Er ist sich über folgende Punkte einig:

In diesem Jahr sollen keine Steuererhöhungen erfolgen.
Die Stadt Olfen soll weiter schuldenfrei bleiben.
Angestrebt wird weiterhin ein ausgeglichener Haushalt.

bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Konzept "Flexible Kinderbetreuung" VO/0249/2011

Der Rat der Stadt Olfen fasst folgenden Beschluss:

1. Das Konzept „Flexible Kinderbetreuung“ zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird beschlossen. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt. Die Trägerschaft des Fröbel-Kindergartens wird mittelfristig aufgegeben. Bestehende Betreuungsverträge werden bis zum Schuleintritt erfüllt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kinderhaus Rasselbande einen dem Konzept entsprechenden Kooperationsvertrag abzuschließen.

bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

6. Errichtung eines Kindergartens an der Dattelner Str. VO/0247/2011

Der Rat der Stadt Olfen beschließt die Planungen für die Errichtung eines Kindergartens an der Dattelner Str. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die notwendigen Maßnahmen für eine Realisierung (Bauantrag, Ausschreibung der Arbeiten) zu treffen.

bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Josef Himmelmann
Vorsitzender

Maria Holtmann
Schriftführerin